

werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pfg. für Halle mit 15 Pfg. berechnet und in Expedition, bei welchen man Kaufgeschäften und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Seite 60 Pfg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.

(Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist unterlag.)

Saale-Zeitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

Zweizehntausendster Jahrgang.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Postgebühren.
Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Für die Redaktion verantwortlich
S. B. Dr. H. Voß in Halle.

(Gesamtschreibungsverbindung mit Berlin und Leipzig.)
Anfangs-Nr. 176.

Nr. 79.

Halle a. d. Saale, Mittwoch den 4. April

1888.

Königlicher Gnadenverlaß.

Der „Saale-Zeitung“ veröffentlicht den folgenden von uns am ersten Hefertage in der Stadt Halle bereits durch eine Sonderausgabe mitgetheilten

Allerhöchsten Gnadenverlaß vom 31. März 1888.

Wir Friedrich, von Gottes Gnaden König von Preußen u. w., um Unseren Regierungsantritt durch einen Akt umfassender Gnade zu bezeichnen,

I. allen denjenigen Personen, welche bis zum heutigen Tage wegen Verleibung der Majestät oder eines Mitgliedes des königlichen Hauses (§§ 95, 97 des Strafgesetzbuchs), wegen Verbrechen oder Vergehen in Bezug auf die Ausübung der Staatsbürgerlichen Rechte (§§ 105 - 109 des Strafgesetzbuchs),

wegen der in den §§ 110, 112, 113, 114, 115, 116 und in den §§ 123, 130, 130a, 131 des Strafgesetzbuchs als Verbrechen oder Vergehen in Bezug auf die Ausübung der öffentlichen Ordnung bezeichneten Verbrechen und Vergehen, wegen der in den §§ 196, 197 des Strafgesetzbuchs gedachten Verleibungen,

wegen der mittels der Presse begangenen oder in dem Reichsgesetz über die Briefe vom 7. Mai 1874 (Reichs-Gesetzblatt Seite 65) vorgezeichneten Vergehen und Uebertretungen,

wegen der nach der Verordnung vom 11. März 1850, betreffend das Verfallungs- und Vereinigungsrecht (Gesetz-Sammlung Seite 277), strafbaren Handlungen, durch Erkenntnis oder Strafbefehl eines preussischen Civilgerichts zu Freiheits- oder Geldstrafen rechtskräftig verurtheilt sind, diese Strafen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, unter Niederschlagung der noch rückständigen Kosten in Gnade zu erlassen, ihnen auch die etwa oberrichtlichen Ehrenrechte wiederzuertheilen und die etwa ausgesprochene Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht aufheben.

II. Wegen einer unter die vorstehende Bestimmung fallenden und wegen einer anderen strafbaren Handlung auf eine Gesamtschuld erkannten, so ist der wegen der ersten Handlung verhängte Theil dieser Strafe als erlassen anzusehen, gleichviel, ob derselbe im Sinne des § 74 des Strafgesetzbuchs die erlauchte schwerste Strafe oder deren Erhöhung darstellt. Im Zweifelsfalle ist durch den Justizminister Untere Entscheidung einzufallen.

Auch wollen Wir die von Amts wegen zu stellenden Anträge des Justizministers bezüglich solcher Verurtheilungen erwidern, welche erst nach dem heutigen Tage wegen einer vor bemeldeten begangenen, unter die vorstehende Bestimmung fallenden strafbaren Handlung erfolgen oder welche erst nach diesem Tage rechtskräftig werden.

III. Ferner wollen Wir denjenigen Personen, gegen welche bis zum heutigen Tage wegen Uebertretungen Haft- oder Geldstrafen oder wegen anderer als der unter I. bezeichneten Vergehen Freiheitsstrafen von nicht mehr als sechs Wochen, oder Geldstrafen von nicht mehr als einhundertfünfzig M., oder beide Strafen vereinigt von einem preussischen Civilgericht rechtskräftig verhängt worden sind, diese Strafen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, und die noch rückständigen Kosten in Gnade erlassen.

IV. Vor vorläufige Körperverletzungen und auf Verleibungen findet dies nur dann Anwendung, wenn der Verurtheilte die Verzeihung des Verletzten auf die Verletzung beibringt. Haftstrafen bleiben von dieser Gnadenbeweisung ausgeschlossen, sofern zugleich auf Uebertretungen die Landespolizeibehörde erkannt ist.

V. In einer Entscheidung die Verurtheilung wegen mehrerer strafbaren Handlungen ausgesprochen, so greift die Gnadenbeweisung nur dann, sofern die Strafe insgesamt das oben bezeichnete Maß nicht übersteigt.

VI. Soweit dritten Personen aus einer Entscheidung gesetzlich ein Anspruch erwachsen ist, wie bei Fortbildungsstellen an Gemeindegewerkschaften (§ 24 des Gesetzes vom 15. April 1878, Gesetz-Samm. Seite 222), behält es dabei sein Bestehen.

IV. Auf die von einem der gemeinschaftlichen Landgerichte zu Meinungen und Rudolphsdorf oder von einem der gemeinschaftlichen Schwurgerichte zu Meinungen und Gera erkannten Strafen findet dieser Erlass Anwendung, sofern nach den mit den bestellenden Regierungen getroffenen Vereinbarungen die Ausübung des Begnadigungsrechts in dem betreffenden Falle nicht aufsteht.

Unter Staats-Ministerium hat für die kaiserliche Bekanntmachung und Ausführung dieses Erlasses Sorge zu tragen.
Gegeben Charlottenburg, den 31. März 1888.

von Bismarck, von Maybach, Lucius, von Friedberg, von Boetticher, von Goltz, von Scholz, Bronsart von Schellendorff.

Eine Sitte, welche in das höchste Alterthum biblischer Zeiten hinaufreicht, ermahnt die Lebenden, im Angesicht des Todes Vergebung anzusuchen auf das Grab der Beschiedenen, indem sie Vergebung auswirken über die Zukunft der Mitlebenden. Die Sitte hat sich durch Jahrhunderte der Geschichte erhalten, welche so viele der Menschheitsgeschichte erlebt hat und unverwundbar anspricht: Die denen, die ihre Kaufleute mit Vergebung begnügen, zwischen Heil aber denen, die in so früherer Zeit leben, daß sie auf der Vergebung zu erschaffen braucht, wenn erst das Grab sich über ihnen geschlossen hat!

Mit diesem Doppelpaß des Heils begrüßen wir den Gnadenverlaß, durch welchen Kaiser Friedrich zum Dierstebe das preussische Volk beschenkt hat. Möge der Geseßesgeist, gesteuert von seiner Hand und gestützt von seiner Regierung, so im Lande erblühen, daß dererlei wenige der Vergebung bedürfen! Möge ihm, der Gnade aus reichem Füllhorn spendet, die höhere Gnade zuteil werden, daß sein treues Volk, für und für ist in der Berechtigung, der Gnade nicht zu harren braucht, zu welcher erst der tiefe Ernst des Endes mahnt.

Der Gnadenverlaß Kaiser Friedrichs erstreckt sich in erster Reihe auf politische Verbrechen und Vergehen. Er zählt darunter auf: Majestätsbeleidigungen, die Verbrechen und Vergehen, welche sich auf die Ausübung der Staatsbürgerlichen Rechte beziehen, oder als Widerstand gegen die Staatsgewalt, sowie Verletzung der öffentlichen Ordnung bezeichnet werden, die Beleidigung von Beamten oder gesetzgebenden Versammlungen, die Pressevergehen und endlich die Vergehen gegen das Vereinsgesetz. Alle wegen solcher Vergehen rechtskräftig erkannten, noch nicht vollstreckten Strafen werden unter Niederschlagung der noch rückständigen Kosten in Gnade erlassen, auch die etwa oberrichtlichen Ehrenrechte wieder verliehen und die etwa ausgesprochene Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht aufgehoben. Diejenigen, welche wegen der obengedachten Vergehen zwar angefaßt, aber noch nicht abgerichtet sind, kommen verfassungsmäßig nicht durch einfache Niederschlagung von dem gegen sie eingeleiteten Verfahren befreit werden, aber im Falle einer Verurtheilung wird ihnen nicht die Verpflichtung auferlegt, die Gnade anzusprechen, sondern der Justizminister soll von Amts wegen dann entsprechende Anträge stellen.

So weit ist der Gnadenverlaß nach seiner politischen Seite hin erschöpfend und vollständig. Dagegen umfaßt er nicht sämtliche politische Vergehen, sondern läßt einzelne Kategorien unerwähnt: so den Hoch- und Landesverrat, die Vergehen gegen die §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuchs, welche von der Teilnahme an geheimen Verbindungen handeln, und endlich die Vergehen gegen das Sozialistengesetz. Obgleich der Gnadenverlaß Kaiser Friedrichs von sämtlichen Ministern gegengezeichnet ist und also der öffentlichen Kritik unterbreitet, so glauben wir bezüglich jener Ausnahmen doch von einer solchen absehen zu sollen. Die Gründe der Staatsraison, welche dem Willen der kaiserlichen Gnade gewisse Schranken auferlegt haben, liegen für jedermann auf der Hand; die Geschichte des letzten Jahres zeigt sie auf jedem Blatte, und die allgemeine Uebereinstimmung darüber herrscht, daß gewisse Ausnahmen gemacht werden müssen, so würde die Frage, ob die Berater Kaiser Friedrichs die Staatsraison in mancher Beziehung nicht doch härter geltend gemacht haben, als gerade notwendig gewesen wäre, in verweidete Erörterungen führen, also in dem gegenwärtigen Augenblicke wohl besser unterbleiben.

Neben den politischen Vergehen bezieht sich der Gnadenverlaß unter gewissen Einschränkungen auch noch auf Verurtheilungen aus, welche bis zum 21. März erfolgt sind und Freiheitsstrafen von nicht mehr als sechs Wochen oder Geldstrafen von nicht mehr als einhundertfünfzig Mark verhängen.

Die Saat der Verzeihung, welche Kaiser Friedrich in der Amnestie mit reicher Hand ausgestreut hat, wird eben so reiche Frucht tragen; das preussische Volk wird nicht ganz und voll den hochherzigen Gesinnungen des alten Herrschers. Möge er fortwähren mit uns begnügen! Die Liebe des Volkes wird dann sein bestes Zeugnis in der Weltgeschichte sein!

Eine von Justizminister v. Friedberg erlassene „Allgemeine Verfügung vom 31. März 1888, betreffend die Ausführung des Allerhöchsten Gnadenverlasses“ lautet:

Vorstehender Allerhöchster Gnadenverlaß vom heutigen Tage wird hienur zur Kenntnis der Justizbehörden gebracht. Diejenigen Behörden, denen die Strafvollstreckung obliegt, werden angewiesen, wegen Entlassung der begnadigten, in Strafbefehl befindlichen Personen sofort das Erfordernisse zu veranlassen.

Zugleich wird folgendes bemerkt sein angeordnet: 1. Der Allerhöchste Gnadenverlaß bezieht sich überall auch auf diejenigen Personen, welche wegen Verurtheilung einer der darin aufgeführten strafbaren Handlungen oder wegen Teilnahme an einer solchen Handlung (§§ 48, 49 des Strafgesetzbuchs) verurtheilt sind.

2. Die Anwenbarkeit des Allerhöchsten Gnadenverlasses auf die darin bezeichneten Fälle wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß in der betreffenden Sache bereits eine Strafverurteilung im Wege der Allerhöchsten Gnade stattgefunden hatte. Sind unter dieser II. des Allerhöchsten Erlasses bezeichneten Fällen bleibt übrigens selbstverständlich die in dem Urtheile ausgesprochene Strafe die für die Anwenbarkeit maßgebende.

3. In den Fällen einer erkannten Gesamtschuld (Ziffer I. Absatz 2 des Allerhöchsten Erlasses) ist nur derjenige Theil dieser Strafe noch zu vollstrecken, welcher nach Abzug des erlassenen Theiles verbleiben bleibt. Sind z. B. dem Urtheile drei Monate von Amtsbeleidigung und Diebstahl die Einzelstrafen auf 6 Wochen für das erstere Vergehen und auf 3 Wochen für das letztere bemessen, die Gesamtschuld aber auf 8 Wochen festgesetzt, so ist die Strafe des Diebstahls nur noch in Höhe von 2 (nicht von 3) Wochen zur Vollstreckung zu bringen.

4. Ein schon vollstreckter Theil der Strafe ist auf diejenige strafbare Handlung anzuwenden, welche nicht unter den Allerhöchsten Erlass fällt.

5. Den in Abschlüssen zu erhaltenden Verträgen der Ertönen Staatsanwaltschaft die Alten beizugehen. In dem Verlaß ist nur der obwaltende Zweifel darzulegen, die Lage der Strafvollstreckung anzugeben und eine gutachtliche Neuerung anzuschreiben, insofern es einer weiteren Aufnahme des dem Urtheile zugrunde liegenden Sachverhalts nicht bedarf.

6. Unter den zu erlassenden Kosten sind auch die daaren Auslagen begriffen.

Wenn die erlassenen Kosten durch hypothetische Eintragung auf das Grundbuch des Verurtheilten sichergestellt

sind, so ist ihre Vollziehung zu bezeichnen, sofern nicht das Grundbuch schon in das Eigentum eines Dritten übergegangen ist. 5. Diejenigen Fälle, in denen die Verurtheilung erst nach dem heutigen Tage erfolgt oder rechtskräftig wird (Ziffer I. Absatz 3 des Allerhöchsten Erlasses) sind von den Ertönen Staatsanwaltschaften in eine tabellarische Uebersicht anzuordnen, für welche ein Schema demnach mitgeteilt werden wird.

Die Einreichung dieser Uebersichten an den Justizminister hat seitens der Ertönen Staatsanwaltschaften bis zum 1. Juni d. J. und von da ab, so lange Fälle der bezeichneten Art noch vorkommen, am Anfang eines jeden Monats zu erfolgen. Die Alten sind nur in denjenigen Fällen beizugehen, in denen dies aus einem besonderen Grunde notwendig erscheint.

Die Strafvollstreckung und Kosteneinzahlung ist aufzuschieben, im Falle einer Gesamtschuld aber auf den von dem allerhöchsten Gnadenverlaß nicht betroffenen Theil des Urtheils nicht zu beschränken. In Zweifelsfällen ist mit künftiger Vermeidung ein kurzer Brief zu erlassen, dem die Alten (ohne Untersagung) beizugehen sind.

6. In denjenigen Straftatzen, in denen die Strafvollstreckung den Urtheilstrafen zugeht, haben diese die Alten mit den erst erforderlichen Bemerkungen von Amts wegen thunlichst den Ertönen Staatsanwaltschaften einzuhändigen, soz. inwieweit der betreffende Fall in die unter 5. bezeichnete Uebersicht aufzunehmen, oder nach den Bestimmungen unter 3. und 5. ein Bericht an den Justizminister zu erlassen ist. Die Ertönen Staatsanwaltschaften haben die Einreichung der Alten zu fördern, so fern es in Ermahnung zu bringen.

Berlin, 31. März 1888. Der Justizminister v. Friedberg.

An sämtliche Justizbehörden. Diejenigen Paragraphen des Strafgesetzbuchs, auf deren Gebiet sich die Amnestie bewegt, lassen wir nachstehend im Wortlaut folgen:

§ 95. Wer den Kaiser, seinen Landesfürsten oder während seines Aufenthaltes in einem Bundesstaate seinen Landesfürsten beleidigt, wird mit Gefängnis nicht unter zwei Monaten und mit Festungshalt von zwei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

§ 97. Wer ein Mitglied des landesherrlichen Hauses seines Staats oder den Regenten seines Staats oder während seines Aufenthaltes in einem Bundesstaate ein Mitglied des landesherrlichen Hauses dieses Staats oder den Regenten dieses Staats beleidigt, wird mit Gefängnis von einem Monat oder zu drei Jahren oder mit Festungshalt von gleicher Dauer bestraft.

§ 105. Wer es unternimmt, den Senat oder die Verfassung einer der freien Hansestädte, eine gesetzgebende Versammlung des Reichs oder eines Bundesstaates auseinanderzusprengen, zur Auflösung oder Unterbrechung von Befehlshälften zu nötigen oder Mitglieder ihrer gesetzlich am Anfang eines jeden Monats zu erlösen, wird mit Gefängnis nicht unter fünf Jahren oder mit Festungshalt von gleicher Dauer bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshalt nicht unter einem Jahre ein.

§ 106. Wer ein Mitglied einer der vorbezeichneten Versammlungen durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung verhindert, sich an den Ort der Versammlung zu begeben oder zu stimmen, wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren oder mit Festungshalt von gleicher Dauer bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshalt bis zu zwei Jahren ein.

§ 107. Wer einen Deutschen durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung verhindert, in Ausübung seiner Staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen, wird mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten oder mit Festungshalt bis zu fünf Jahren bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

§ 108. Wer in einer öffentlichen Angelegenheit mit der Sammlung von Wählern oder Stimmgeldern oder -Forderungen oder mit der Führung der Beurkundungsverhandlungen verfahren oder mit dem unrichtigen Ergebnis der Wahlhandlung vorläufig beauftragt oder das Ergebnis verächtlich, wird mit Gefängnis von einer Woche bis zu drei Jahren bestraft.

Wird die Handlung von jemand begangen, welcher nicht mit der Sammlung der Wähler oder Forderungen oder einer anderen Berechtigung bei dem Wahlgange beauftragt ist, so tritt Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren ein.

Auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

§ 109. Wer in einer öffentlichen Angelegenheit eine Wahlstimme feilscht oder verkauft, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

§ 110. Wer öffentlich vor einer Versammlung, oder vor durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder anderen Darstellungen zum Ungehörigen gegen die durch die rechtswirksamen Verordnungen oder gegen die von der Oberbehörde innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen aufzufordern, wird mit Gefängnis bis zu sechs Jahren oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

§ 112. Wer eine Person des Soldatenstandes, es sei es des deutschen Heeres oder der kaiserlichen Marine, aufzufordern oder anzureizen, dem Befehle des Oberen nicht Gehorsam zu leisten, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft, oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

§ 113. Wer einen Beamten, welcher zur Vollziehung von Gesetzen, von Befehlen und Anordnungen der Verwaltungsbehörden oder von Urtheilen und Verfügungen der Gerichte berufen ist, durch Verhinderung der rechtswirksamen Ausübung seines Amtes durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt oder durch Verleumdung eines anderen Beamten während der rechtswirksamen Ausübung seines Amtes förmlich anzureizen, wird mit Gefängnis von drei Jahren bis zu zwei Jahren bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre oder Geldstrafe bis zu einhundert Mark ein.

Diesem Strafverlaß treten ein, wenn die Handlung gegen Personen, welche zur Unterzeichnung des Beamten angezogen waren, oder gegen Beamten der bewaffneten Macht, oder gegen Beamten einer Gemeinde, Schatz oder Bürgerrecht in Ausübung des Amtes begangen wurde.

§ 14. Wer es unternimmt, durch Gewalt oder Drohung eines Bediensteten oder eines Beamten zur Vermeidung oder Unterlassung

